

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 19. november 1971

blatt 3281

die sendung des wiener buergermeisters

1 wien, 19.11. (rk) morgen samstag spricht buergermeister felix
s l a v i k um 13.20 uhr in oesterreich-regional in der sendung
des wiener buergermeisters ueber die konstituierung des beirates
fuer umweltschutz und ueber die bevorstehende eroeffnung der
provisorischen fussgaengerzone in der inneren stadt.

0853

kommenden freitag:

modernste rollende blutbank fuer allgemeines krankenhaus
wird buergermeister uebergeben

2 wien, 19.11. (rk) am freitag, 26. november, wird buerger-
meister felix s l a v i k im arkadenhof des wiener rathauses
zwei sonderausfuehrungen von steyr-autobussen, eine fahrbare
blutbank und einen omnibus mit spezialeinrichtungen fuer koerper-
behinderte kinder oeffiziell uebernehmen. steyr-generaldirektor
konsul dipl.-ing. karl r a b u s wird dem buergermeister die
schluessel fuer die fahrzeuge uebergeben.

fuer die blutspendezentrale des allgemeinen krankenhauses
wurde ein steyr-bus von der type 5sh-01 mit einer reihe von
''extras'' - vier liegen, drei kuehlschraenke, autarke strom-
versorgung und gasheizung, erfrischungsraum - adaptiert, so dass
kuenftig auch klein- und mittelbetriebe, die keine geeigneten
raeume haben, in blutsammelaktionen einbezogen werden koennen.
die ''rollende blutbank'' ist das modernste fahrzeug dieser art
in oesterreich.

geehrte redaktion !

wir laden sie herzlich ein, zur uebernahme der spezial-
fahrzeuge durch den buergermeister berichterstatter - gegebenen-
falls ihrer motorredaktion - und fotografen zu entsenden. im
anschluss an die feierliche uebergabe findet ein mittagessen im
rathauskeller statt.

zeit: freitag, 26. november, 11 uhr.

ort: arkadenhof des rathauses.

0934

Wiener Landtag
=====

Wien, 19.11. (RK) Vorsitz: Dritte Präsidentin Maria Hlawka (SPÖ). Von der ÖVP wurde ein Antrag auf Modernisierung der Wiener Verfassung samt Nebengesetzen und Geschäftsordnung eingebracht. Eine an den Landeshauptmann gerichtete ÖVP-Anfrage betrifft die mangelhaften Sicherheitsverhältnisse in Wien. Dazu Antrag auf Verlesung und Besprechung. Abstimmung darüber vor Schluß der Sitzung.

Die DFP-Abgeordneten haben an den Landeshauptmann eine die Wiener Stadtverfassung betreffende Anfrage gerichtet und Antrag auf Verlesung gestellt. Abstimmung vor Schluß der Sitzung. Für die durch Berufung in den Bundesrat, beziehungsweise Nationalrat aus dem Immunitätskollegium ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Gisel und Hans Mayr (SPÖ) werden die von der SPÖ vorgeschlagenen Abgeordneten Busta und Dinhof mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Bauordnungsnovelle

Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP) legte eine Änderung der Bauordnung für Wien vor. Danach wird folgende neue Bauklasseneinteilung für Wohn- und gemischte Baugebiete festgelegt.

Bauklasse I	mindestens 2,5 m, höchstens 9 m
Bauklasse II	mindestens 4,5 m, höchstens 12 m
Bauklasse III	mindestens 10 m, höchstens 16 m
Bauklasse IV	mehr als 16 m, höchstens 21 m
Bauklasse V	mehr als 21 m, höchstens 26 m
Bauklasse VI	mehr als 26 m (= "Hochhäuser")

Die Novellierung wurde erforderlich, weil die derzeit gültige Bauklasseneinteilung Ende 1971 abläuft und auch der technischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr voll entspricht. Besonders nachteilig war, daß in den Bauklassen I und II ein zu geringer Spielraum für die Gebäudehöhe herrscht und andererseits die Bauklassen für mehrgeschossige

Wohnhäuser sich nicht stufenlos aneinanderfügen, so daß es grundsätzlich nicht möglich war, Wohnhäuser entsprechend der modernen Technik in gewissen Höhen (zum Beispiel 10 Meter, 13 Meter) zu errichten.

Für den vom Ring und vom Franz Josefs-Kai begrenzten Stadtkern gilt die Bauklasse V. Aus Gründen der Erhaltung des Stadtbildes können aber auch abweichende Gebäudehöhen festgesetzt werden.

Stadtrat Krasser unterstrich, daß die vorliegende Bauklasseneinteilung bei allen zuständigen Berufskörperschaften Zustimmung gefunden habe, lediglich die Arbeiterkammer habe gewisse Einwendungen gemacht. Der Stadtrat kündigte dann an, daß er die Budgetdebatte zum Anlaß nehmen werde, um über den Stand der in Arbeit stehenden großen Bauordnungsnovelle zu berichten.

Abg. Dr. Tuma (DFP) nannte die Vorlage einen "neuen Flicker für das alte Kleid", Tuma übte Kritik an einzelnen Details und vermißte vor allem einen Hinweis auf die Garagen. Berner befürchtete er, daß die Novellierung bereits eine Präjudizierung für das Altstadterhaltungsgesetz darstelle.

Dieser "Vorläufer" der großen Bauordnungsreform sei nicht sehr ermutigend, meinte Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ). Im Licht der Vorschriften des Arbeitsinspektorates, das eine Mindesthöhe für Arbeitsräume von drei Meter vorschreibe, die freilich teilweise unter Straßenniveau liegen können, sei die Herabsetzung der Mindesthöhe der Bauklasse I auf 2,5 Meter (gegenüber bisher 4,5 Meter) dennoch bedenklich. Im Interesse der arbeitenden Menschen könne man hier kaum von einer fortschrittlichen Lösung sprechen. Hirnschall vermißte ebenfalls den Hinweis auf den Garagenbau.

Im Schlußwort betonte Stadtrat Krasser daß die Novelle sehr wohl, auch ohne ausdrücklichen Hinweis, den Garagenbau beinhalte und ermögliche. Auch bestehe keine Gefahr für das Stadtbild (Zwischenruf Hirnschall: "Alle Einwände wurden nicht widerlegt.")

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP in erster und zweiter Lesung angenommen.

Debatte über Sicherheitsverhältnisse in Wien

Der Landtag behandelte eine dringliche Anfrage der ÖVP an den Landeshauptmann wegen der Sicherheitsverhältnisse in Wien.

Abg. Dr. Glatzl (ÖVP) begründete die Dringlichkeit, in dem er auf zahlreiche Zeitungsmeldungen hinwies, denen zu entnehmen sei, daß die Zahl der Verbrechen zugenommen habe. Paradebeispiel: der Ausbruch aus Stein. Diese Affäre sei zu einer Art Spektakel ausgeartet, und er verstehe nicht, wie der von ihm geschätzte Leiter der Polizei selbst eine Amtshandlung vornahm, die ein Oberwachmann hätte vollziehen können. Jedenfalls sei die Sicherheit in Wien und damit die Bevölkerung gefährdet. Man müsse auch dafür Sorge tragen, daß die für die Sicherheit verantwortlichen Beamten nicht unter den Folgen eines falschen Systems zu leiden hätten.

Der Landtag erkannte einstimmig der Anfrage die Dringlichkeit zu. Als erster Redner sprach wieder Abg. Dr. Glatzl. Er forderte vor allem, daß für die Sicherheitsbeamten und somit für die Bevölkerung klare Verhältnisse geschaffen werden müßten. Derzeit sei es jedoch so, daß nach jedem Waffengebrauch langwierige Untersuchungen angestellt würden. Die Beamten müßten wissen, daß sie die Gesellschaft schütze, für deren Schutz sie verantwortlich seien. Leider sei es heutzutage so, daß Entscheidungen immer wieder auf die nächsthöhere Stelle geschoben würden. Man habe den Eindruck, man müßte lauter Minister hinausschicken, damit prompt die notwendigen Beschlüsse gefaßt würden. Die Exekutive sei verunsichert. Die Volkspartei lehne die Gewalt ab, aber man müsse soviel Gewalt einsetzen können, wie nötig ist, damit die Gewalt nicht die Gesellschaft beherrsche.

Dr. Tuma (DFP) meinte, die Sicherheit in Wien sei nur deshalb relativ noch groß, weil die hiesigen Verbrecher im Gegensatz zu ausländischen gutmütig seien. Daß der Ausbruch aus Stein in Wien solche Folgen gehabt habe, sei der Verantwortlichkeit eines Sozialisten zuzuschreiben, der die Genehmigung gegeben habe, daß die Verbrecher mit ihren Geiseln überhaupt Stein verlassen konnten. Als Dr. Tuma meint, man hätte wegen der Sicherheit einer einzigen Frau nicht die Sicherheit von Millionen Frauen aufs Spiel setzen dürfen, kommt es zu zahlreichen Zwischenrufen in der SPÖ-Fraktion.

Für die FPÖ beklagt Abg. Dr. Hirnschall die anhaltende Demontage des Sicherheitssystems in Wien, die in der Schließung von Wachzimmern zum Ausdruck komme. Die Polizei befinde sich in der gleichen Krise wie das Bundesheer. Dafür müsse man ausschließlich die Ressortspitzen verantwortlich machen. Er erinnerte an den Weltruf, den die Wiener Polizei in der Zeit der Ersten Republik genossen habe und meinte abschließend, daß der zunehmende Autoritätsverlust dazu führe, daß die Sicherheitsorgane gleichsam auf verlorenen Posten stünden.

Seine Fraktion habe der Anfrage nicht etwa die Dringlichkeit zuerkannt, weil sie der Meinung sei, daß von Organen des Landes Wien her irgendwelche Unterlassungen für die Sicherheit begangen worden sei, erklärte als letzter Debattenredner Abg. Lausecker (SPÖ). Die Zustimmung sei vielmehr deshalb erfolgt, weil man über Probleme diskutieren solle. Freilich sei er über die Art der Diskussion beschämt. Für die Behauptung, daß im Gefolge der Vorfälle nach dem Ausbruch aus Stein die Zahl der Verbrechen zugenommen hätte, gäbe es keinerlei Beweise. Lausecker erinnerte daran, daß der Landeshauptmann in Sicherheitsfragen keine formale Kompetenz besitze, aber daß er dennoch mit den zuständigen Bundesstellen ständigen Kontakt pflege. Die Problematik um den Ausbruch aus Stein sei zudem bereits sehr ausführlich dort abgehandelt worden, wo die Kompetenzen lägen, nämlich im Nationalrat.

Was die Personalsituation bei der Wiener Polizei anlange, so gehe es nicht darum, einen Zustand zu verteidigen, aber man dürfe doch auch nicht jemanden die Schuld dafür anlasten, der Änderungen nicht herbeiführen könne. Als vor wenigen Monaten Polizeibeamte von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben, sei in der Öffentlichkeit ein Wirbel entfacht worden. Lausecker zitierte sodann die Polizeistatistik, der zufolge 1971 in Wien Beamte siebenmal von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben. In einem Fall sei die Abgabe eines Warnschusses ungerechtfertigt gewesen. An die ÖVP-Fraktion richtete der Redner schließlich die Frage, warum eine ähnliche Anfrage nicht an den niederösterreichischen Landeshauptmann gerichtet worden sei, da doch der Weg von Stein nach Niederösterreich führe.

Eine kritische Untersuchung der Vorfälle zeige zudem, daß die maßvolle Vorgangsweise der Wiener Polizei richtig gewesen sei, was im Ausland auch entsprechend gewürdigt werde. Wäre denn eine Vorgangsweise wie in München besser gewesen? Abschließend meinte Lausecker, daß man nicht billiger Effekthascherei wegen unentwegt Wien als eine unsichere Stadt hinstellen dürfe.

Nach einem kurzen Debattenbeitrag von Abg. Müller (DFP) beantwortete der Landeshauptmann schließlich die an ihn gerichtete Anfrage.

Hohes Maß an Sicherheit

Seiner Meinung nach seien in Wien alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um ein größtmögliches Maß an Sicherheit für den Einzelnen zu erreichen, erklärte Landeshauptmann Slavik. Die verfassungsrechtliche Situation sei eindeutig so, daß für die sicherheitspolizeilichen Agenden die Sicherheitspolizei zuständig sei, Er wolle jedoch den Mitgliedern des Landtages seine Auffassung darlegen, daß kein Anlaß für eine besondere Besorgnis bestehe. In Großstädten gäbe es immer Verbrechen, doch seien die Verhältnisse in anderen Großstädten erheblich schlimmer. Wien brauche keinen Vergleich zu scheuen. In ständigen Kontakten mit der Bundespolizei werde jedoch selbstverständlich die Kriminalität in Wien sorgsam beobachtet.

Die Ereignisse Anfang November seien keineswegs dazu angehtan, um von einer Krise des Sicherheitswesens in Wien zu sprechen. Die Verantwortlichen seien gewiß damals vor einer überaus schwierigen Situation gestanden, weil vor allem das Leben der Geisel geschützt werden mußte. Man weiß von ausländischen Vorfällen, daß dies nicht immer mit dem gleichen Erfolg wie jüngst in Wien praktiziert worden sei, erklärte Slavik. Diese maßvolle Haltung habe schließlich zu dem Erfolg geführt, daß ohne Waffengewalt und ohne Blutvergießen die Geisel befreit und zwei der drei entsprungenen Verbrecher wieder verhaftet werden konnten. Die Vorgangsweise der Polizei sei auch in der Öffentlichkeit als richtig anerkannt worden und habe außerdem Zustimmung auch in vielen ausländischen Zeitungen gefunden.

Die Art der Berichterstattung in den Massenmedien müsse der Beurteilung des Einzelnen überlassen bleiben, ebenso wie die

Art, aus Polizeibeamten und Verbrechern "Krimistars" zu machen. Aber auf keinen Fall dürfe man einer Zensur das Wort reden, denn die Pressefreiheit gelte uneingeschränkt, auch dann wenn deren Praktizierung dem einen oder anderen nicht gefalle.

Er selbst, der aus politischen Gründen einige Jahre in Gefängnissen habe zubringen müssen, glaube nicht, daß es irgendeine Methode gäbe, um Ausbrüche aus Strafanstalten völlig zu verhindern. Die Polizei müßte jedoch wissen, daß die Bevölkerung sie unterstütze. Man solle der Bevölkerung nicht Angst einjagen, denn diese Angst sei gleichsam die Chance für Strolche. Umgekehrt sei der Mut der Bevölkerung das, was den Strolchen Furcht einjage. Freilich wäre es wünschenswert, daß die Bevölkerung sich mehr solidarisiere, etwa in der Art, wie es bei den Taxifahrern schon anzutreffen sei. Slavik erwähnte dann einen zwölfjährigen Buben, der in den Donaukanal gesprungen sei, um eine Frau zu retten. Obwohl zahlreiche Erwachsene am Ufer gestanden seien und zugeschaut hätten, sei kein einziger dem Buben zu Hilfe gekommen.

Schließlich beschäftigte sich der Landeshauptmann noch ausführlich mit der Frage, wann Gewalt angewendet werden sollte. Vor allem müsse das Leben von Geiseln geschont werden, da sie ein Recht darauf hätten. Ansonsten sollte Gewalt nur in maßvoller Form angewendet werden, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Die Wiener Polizei habe im konkreten Fall seiner Meinung nach klug und daher erfolgreich gehandelt. Man solle unter der Bevölkerung keine Unruhe verbreiten. Seiner Meinung nach bestehe kein Anlaß für eine "harte Welle", weil dann wohl als Reaktion die Verbrecher wahrscheinlich noch gewalttätiger würden. Abschließend erklärte der Landeshauptmann, daß die Sicherheit in Wien in einem hohen Maß gewährleistet sei.

Dringliche Anfrage

Abg. Dr. Tuma (DFP) begründete den Inhalt der dringlichen Anfrage seiner Partei bezüglich des § 98 der Stadtverfassung. Dieser Paragraph, der dem Wiener Stadtsenat das Recht gibt, in Ausnahmefällen Beschlüsse des Gemeinderates vorwegzunehmen, wäre nach Ansicht seiner Partei zu großzügig ausgelegt, meinte Dr. Tuma. Im Gesetz heiße es, daß diese Beschlüsse in der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt werden müssen. (Schluß Landtag.)

Ergebnisse der gesamtösterreichischen Konferenz über Probleme der
=====

Gastarbeiter
=====

Wien, 19.11. (RK) Freitag fand im Rathaus ein Pressegespräch statt, bei dem die Präsidentin des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit, Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi gemeinsam mit Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher vom Institut für empirische Sozialforschung, die Vertreter der Presse über die Ergebnisse der 3. Österreichischen Konferenz für Sozialarbeit über das Thema "Gastarbeiter in Österreich" informierte. Frau Jacobi wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es im Rahmen der Beratungen gelungen sei, in den einzelnen Sachfragen eine weitgehende Übereinstimmung zu erzielen. Es müsse daher in Zukunft das Bestreben aller sein, vorhandene gesetzliche, organisatorische und materielle Möglichkeiten zur Lösung der Gastarbeiterprobleme nicht nur zu nützen, sondern, wenn nötig, entsprechend zu erweitern. Was die Österreichische Konferenz für Sozialarbeit betreffe, so werde man demnächst einen ständigen Arbeitsausschuß einrichten, um die in den Arbeitskreisen berichteten Probleme und Empfehlungen zu bearbeiten und konkret anwendbare Modelle daraus zu entwickeln.

Insgesamt waren es fünf Arbeitskreise, in denen sich die Delegierten dieser Tagung - bestehend aus Vertretern des Bundes und der Länder sowie verschiedener Institutionen, wie Industrie, Wirtschaft, Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund und öffentliche Wohlfahrtspflege - mit der Vielfalt des Themas beschäftigten. Auf Grund der dabei durchgeführten Referate und Diskussionen wurden unter anderem folgende Schlußfolgerungen und Empfehlungen ausgearbeitet:

Arbeitskreis 1 Zusammenhänge zwischen regionaler Wirtschaftsentwicklung und ausländischen Arbeitskräften

Ausländische Arbeitskräfte sind geographisch erheblich mobiler als inländische. Sie können daher verhältnismäßig leicht an den Standort ihrer maximalen Produktivität gelangen. Dieser Prozeß ist bereits im Gange und läßt sich empirisch nachweisen. Die regionale Konzentration hat sich in den Sechzigerjahren unverändert fortgesetzt, obwohl die Abwanderung in den einzelnen Be-

zirken erheblich nachgelassen hat, sie wurde durch die Zuwanderung von Ausländern substituiert. Die Zuwanderungspolitik sollte im wesentlichen der Nachfrage Rechnung tragen, jedoch nicht uneingeschränkt. Ebenso wäre es zweckmäßig, eine längerfristige Zuwanderungspolitik zu konzipieren. Darüber hinaus wäre aber auch eine enge Kooperation von Nationalökonomern, Soziologen und Sozialarbeitern für die langfristige Konzipierung einer Gastarbeiterpolitik, aber auch für deren Durchführung notwendig.

Arbeitskreis 2: Spezifische Probleme der Wohnungssituation

Derzeit liegen nur Erhebungsergebnisse für den Raum Wien vor. Dabei wurde festgestellt: 40 Prozent der Gastarbeiter haben bereits vor der Einwanderung das Wohnproblem gelöst (Unterkunft bei Freunden, Verwandten oder in Firmenquartieren). In der Regel ist das erste Quartier nicht von Dauer: Drei Viertel der Jugoslawen und zwei Drittel der Türken haben spätestens nach einem Jahr das Quartier gewechselt, davon wieder ein Drittel mehrmals. Ledige verfügen über relativ mehr Geld als Verheiratete und neigen dazu, nach kurzer Zeit mehr Geld für bessere Quartiere aufzuwenden. Sie tendieren daher zu Untermietzimmern. Bei Verheirateten ohne Familie gibt es starke Sparmotivationen, wenig disponierbares Geld und die Tendenz, im Firmenquartier zu bleiben beziehungsweise - besonders bei verheirateten Türken - die Tendenz zu Massenquartieren. Beim Wohnungsproblem könnte hier Abhilfe durch entsprechende Informations- und Erziehungsarbeit (die Wohnung ist ein Gut, das auch soziales Prestige verleiht!) geleistet werden. Ebenso durch Schaffung von Voraussetzungen, um auch mittleren und kleineren Betrieben organisatorisch und wirtschaftlich die Schaffung von Unterkünften zu ermöglichen. Gleichfalls wäre eine Aktivierung des privaten Wohnungsbestandes zu überprüfen (Finanzierung von Mietzinsvorauszahlungen, Sanierung der Wohnung unter Beanspruchung gesetzlicher Möglichkeiten).

Arbeitskreis 3: Inanspruchnahme öffentlicher Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung ist der Gastarbeiter dem österreichischen Arbeitnehmer völlig gleichgestellt (Sozialversicherungsabkommen mit Jugoslawien und der Türkei). Dasselbe gilt auch für die öffentliche Fürsorge, die jedoch erfahrungsgemäß kaum in Anspruch genommen wird. Hier wäre es daher notwendig, von der öffentlichen Hand, insbesondere auf kommunaler Ebene, allgemeine Beratungsstellen für Gastarbeiter einzurichten, die ihnen als Orientierungshilfe für die Inanspruchnahme der verschiedenen öffentlichen und privaten Dienste zur Verfügung stehen.

Bei den Gesundheitsdiensten ergeben sich zwei Aspekte: Der sanitätspolizeiliche, das heißt, der Schutz der einheimischen Bevölkerung vor der Einschleppung von ansteckenden Krankheiten, sowie die Schwierigkeiten, die Gastarbeiter bei der Inanspruchnahme medizinischer und ärztlicher Hilfe haben. Bei Gastarbeitern, die als Touristen einreisen und erst in Österreich eine Arbeit suchen, erfolgen die notwendigen amtsärztlichen Untersuchungen als Voraussetzung für die Arbeitsgenehmigung oft mit großer Verspätung. Hier wäre eine straffere Koordination der Behörden notwendig. Bezüglich der Inanspruchnahme ärztlicher und medizinischer Hilfe sollte versucht werden, in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer sprachkundige Ärzte, aber auch Sozialarbeiter oder Krankenschwestern zu ermitteln.

Zur Unterbringung der Kinder in Kindergärten, Horten und Schulen: Grundätzlich können Gastarbeiterkinder in Kindergärten aufgenommen werden, jedoch selbstverständlich wie einheimische Kinder nach Maßgabe der vorhandenen Plätze. Horte für schulpflichtige Kinder werden in der Regel nicht in Anspruch genommen. Gastarbeiterkinder unterliegen der Schulpflicht. Den Sprachschwierigkeiten will man in Wien dadurch begegnen, daß man für die Gastarbeiterkinder im Verband des Unterrichtes Sprachkurse von je zwei Stunden wöchentlich organisiert.

Zur Frage der Erwachsenenbildung wurde festgestellt, daß Sprachkurse für erwachsene Gastarbeiter im allgemeinen wenig Anklang finden.

Arbeitskreis 4: Integration im betrieblichen Bereich

Der Anwerbung und Zuwanderung sollte eine möglichst weitgehende allgemeine Information über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Österreich vorangehen. Zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten und sozialen Spannungen sollte es im Falle des Abschlusses auch einen zweisprachigen Vertrag geben. Darüber hinaus wären eine allgemeine Einführung in den Betrieb sowie Empfehlungen für das Verhalten im Betrieb und in der Freizeit, in die Arbeitsordnung, in die Vorschriften über Unfallverhütung und über das Verhalten im Krankheitsfall notwendig.

Arbeitskreis 5: Allgemeine gesellschaftliche Integration

Die Chance zur Integration ist von der Chance abhängig, eine Wohnung zu erhalten beziehungsweise umgekehrt. Weiters wurden folgende Maßnahmen in diesem Zusammenhang für notwendig befunden:

Änderung fremdenfeindlicher Bestimmungen in Gesetzeswerken, Schaffung beruflicher Weiterbildungsmöglichkeiten durch Novellierung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, das derzeit für Arbeitnehmer österreichischer Staatsbürgerschaft gilt.,
Baldige Verabschiedung des Gastarbeitergesetzes
Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten tunlichst

außerhalb der Quartiere in Form von Gastarbeiterzentren
(kulturelle Förderung, Information, Sprachkurse, Unterhaltung)

Maßnahmen zur Förderung der Gastarbeiterkinder durch Lernförderung

Lernnachhilfe, insbesondere im Hinblick auf sprachliche Förderung ("Das Kind als Familiendolmetsch")

systematische Information der österreichischen Bevölkerung sowie der Gastarbeiter durch Schriften und Mitwirkung

der audio-visuellen Medien. Hier sind insbesondere die Sozialpartner aufgerufen, bei der österreichischen Bevölkerung Klarheit über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gruppe der Gastarbeiter zu schaffen

Abbau von Vorurteilen, die Hauptmotiv für die latente Ablehnung der Gastarbeiter sind.

- - -

Stromstörung in Ottakring und Hernals

=====

Wien, 19.11. (RK) Donnerstag um 22.15 Uhr kam es zum Ausfall eines 5000-Volt-Kabels, wodurch in Teilen des 16. und 17. Bezirkes die Stromversorgung ausfiel. Da einige in Gebäuden untergebrachte Transformatorenstationen in der Nacht nur schwer zugänglich sind, verzögerte sich die Wiedereinschaltung etwas. Um 23.55 Uhr hatten alle betroffenen Gebiete wieder Strom.

- - -

Verhandlungen über Wiener Verkehrstarife

=====

Wien, 19.11. (RK) Die Wiener Stadtwerke gehören zu den entscheidenden Faktoren der Wiener Wirtschaft. Ihre Investitionstätigkeit bildet die Grundlage für viele Wiener Betriebe, namentlich in der Auto-, Waggonbau- und Elektroindustrie, der Bau- und Baunebenwirtschaft und Teilen der Maschinenindustrie. Zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Rückschlages in Wien ist die Weiterführung der Investitionstätigkeit der Wiener Stadtwerke in vollem Umfang notwendig. Dazu müssen jedoch den Wiener Stadtwerken die erforderlichen Mittel gesichert werden.

Ein Beispiel für die gegenwärtige Situation sind die Wiener Verkehrsbetriebe. Seit fünf Jahren sind ihre Tarife unverändert geblieben. Die seither eingetretenen Preis- und Lohnerhöhungen konnten trotz intensiver Rationalisierungsmaßnahmen nicht aufgefangen werden. Gleichzeitig hat die verstärkte Beanspruchung der Sozial- und Vorverkaufsermäßigungen sowie die Einführung des Pensionistenfahrscheins zur Folge, daß der Durchschnittserlös pro Fahrgast auf 239 Groschen abgesunken ist. Er beträgt also nicht einmal die Hälfte des Grundtarifes von fünf Schilling. Was die Sozialtarife betrifft, stehen die Leistungen der Wiener Verkehrsbetriebe bei weitem an der Spitze unter allen vergleichbaren Städten Europas.

Aus diesen Gründen erschien es unvermeidlich, Verhandlungen über eine Neuregelung der Wiener Verkehrstarife einzuleiten. Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe hat vorgeschlagen, den Grundtarif von fünf auf sieben Schilling und den Vorverkaufsfahrschein von vier auf sechs Schilling unter Beibehaltung des Systems der Tarifermäßigungen zu erhöhen, wobei klar ist, daß diese Erhöhung bei weitem nicht ausreicht, um die Kosten zu decken. Über diesen Vorschlag werden nun die zuständigen Instanzen der Wiener Stadtverwaltung, also letzten Endes der Wiener Gemeinderat, zu beraten und zu entscheiden haben.

- - -

preisgünstige gemüse- und obstsorten

3 wien, 19.11. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemüse- und obstsorten besonders preisgünstig:

gemüse: chinakohl 4 schilling, tomaten (rumaenische) 6 bis 7 schilling je kilogramm, karfiol 3 bis 4 schilling, glassalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, kaki 9 bis 10 schilling, mandarinen (tuerkische) 8 bis 10 schilling, orangen 9 schilling je kilogramm.

1031

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

7 wien, 19.11. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

dienstag, 23. november, 17 uhr, leopoldstadt, 2, karmelitgr. gasse 9.

1330

Wiener Gemeinderat

Wien, 19. 11. (RK) Vorsitz: Bürgermeister Felix Slavik.

Dringliche Anfrage der ÖVP: geplante Tarifierhöhung bei der Wiener Straßenbahn. Antrag der ÖVP auf Besprechung der Antwort des Finanzstadtrates auf eine Anfrage betreffend Guthaben bei Geldinstituten im Jahr 1970.

Anfragen der DFP: Aussiedlung der Bewohner des Gebietes Weißgerber Lär 1, Obere Weißgerberstraße und Radetzkystraße. Reparatur der Rolltreppen. Vergabe der Arbeiten für die Rohrumlegung des Behälters Laaer Berg. Jungbürgerfeiern. Wasserabspernung. Sportplatz der Gemeinde Wien in der Rustenschacher Allee.

Anfragen FPÖ: Unbenütztes Gebäude des Stadtgartenamtes am Kagraner Platz im 22. Bezirk. Das Weißgerber Viertel.

Anfragen ÖVP: Änderung des Verhandlungsschrift-Formulars bei Kleingartenanlagen. Rodung naturgeschützter Bäume in Mauer.

Anträge: DFP: Vereinfachung der Ausweise für Schülerkarten, Vorlegung der Beschlüsse des Stadtsenates nach Paragraph 98 in der nächsten Sitzung des Gemeinderates. FPÖ: Restaurierungsarbeiten für das städtische Althaus Dommayergasse 6 in Wien 13 zur Erhaltung des wertvollen Ortsbildes, Einführung einer aus 24 Mitgliedern bestehenden Budgetkommission des Gemeinderates. ÖVP: Schaffung eines Ateliers für Nachwuchskünstler, eventuell Widmung des Seerestaurants im Donaupark für diesen Zweck. Ausarbeitung eines Umweltschutz-Generalplanes für Wien, Säuberungsaktion an der Alten Donau, Nützung des extrem niedrigen Wasserstandes. Modernisierung der Geschäftsordnungen des Gemeinderates, Stadtsenates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen sowie Einsetzung einer Kommission.

Neue Gemeinderäte

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung würdigte Bürgermeister Slavik die Arbeit der ausgeschiedenen Gemeinderatsmitglieder, Dozent Dr. Gisel (SPÖ), Hahn (ÖVP), Hans Mayr (SPÖ) und Dr. Schmidt (FPÖ). Anschließend wurden die neuen

Gemeinderatsmitglieder Josef Arthold (ÖVP), Wilhelm Kneisler (SPÖ), Hans Klement (FPÖ) und Erich Hanke (SPÖ) angelobt.

Verschiedene Funktionen der ausgeschiedenen Gemeinderäte in den Gemeinderatsausschüssen wurden durch die neuen Mitglieder besetzt.

Bausperre

Über die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre über einen Teil der Cobenzlgasse im 19. Bezirk referierte GR. Hofstetter (SPÖ). Der Bebauungsplan für dieses Gebiet muß neu überarbeitet werden, um den kunsthistorisch wertvollen Teil des Ortskerns von Grinzing zu schützen.

GR. Müller (DFP) kritisierte, daß gleich außerhalb des betroffenen Gebietes sehr viele Baubewilligungen erteilt würden.

GR. Hofstetter legte im Schlußwort Wert auf die Feststellung, daß überall in Wien nur nach den geltenden Bestimmungen gebaut werde.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

GR. Dinhof (SPÖ) referierte als Berichterstatter über die Modalitäten der Einzahlung zu einer Kapitalaufstockung der Flughafen Wien-Betriebsgesellschaft. (Grundsätzlich hatte der Gemeinderat die 50-Millionen-Beteiligung an der Kapitalaufstockung bereits 1969 beschlossen.)

GR. Dr. Tuma (DFP) erklärte, man dürfe bei diesem Projekt den Umweltschutz nicht vergessen.

Dasselbe sagte auch GR. Dr. Goller (ÖVP), der eine koordinierte Verkehrsplanung für die Verbindung Wien-Schwechat ebenso forderte wie die Bedachtnahme der Stadtplanung auf die neue Einflugschneise, die durch den Bau einer zweiten Piste nötig wird.

GR. Dinhof erklärte im Schlußwort, das Ziel sei, immer weniger Prozent des dichtverbauten Gebietes zu überfliegen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Krediterhöhung

GR. Sagmeister (SPÖ) beantragt die Erhöhung des im Oktober 1970 vom Gemeinderat genehmigten Instandsetzungskredits für die Räumlichkeiten des sogenannten "Südbuffets" im Rathaus um 180.000 S auf insgesamt 5,670.000 S.

GR. Dr. Tuma (DFP) verweist darauf, daß im Akt eine Aufschlüsselung ist, nach der in einem Dreivierteljahr drei verschiedene Arten von Lohnerhöhungen erfolgt seien, die die Mehrkosten verursachten. Dem Antrag selbst werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Sagmeister stellt fest, daß aus dem Akt zu ersehen sei, daß die Lohnerhöhungen erfolgten und daß man darüber hinaus aber bei Adaptierungen immer mit unvorhergesehenen Ereignissen rechnen müßte.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Schaffung eines Wohnbauförderungs-Zuschußfonds

Stadtrat Suttner (SPÖ) verweist einleitend auf die großen Leistungen der Gemeindeverwaltung auf dem Sektor des sozialen Wohnungsbaues bereits während der Ersten Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging man daran, neben der sozialen Wohnbautätigkeit auch die eigene Bauinitiative durch die Schaffung verschiedener Wohnbauförderungsmaßnahmen zu wecken. Mit Hilfe dieser Maßnahmen war es möglich, in kürzester Zeit die Kriegsschäden zu beseitigen und darüber hinaus noch zehntausende neue Wohnungen in unserer Stadt zu errichten. Die heute zu beschließenden Bestimmungen des Wohnbauförderungs-Zuschußfonds sollen nun eine weitere Verbesserung der Wohnbauförderung bringen. Es geht im wesentlichen darum, durch Annuitätenzuschüsse die Mietkosten zu senken; und zwar gegenüber der jetzigen Situation wird eine Verbilligung von mehr als einem Drittel erreicht. Ausgeschlossen von dieser Art der Förderung soll lediglich der private Mietwohnungsbau sein, da es sich hier keineswegs um einen sozialen Wohnhausbau handelt. Die Fondsverwaltung wird sehr wohl auch darauf zu achten haben, ob der Baugrund zu angemessenen Bedingungen erworben wurde. Grundstückspekulanten können durch die neue Aktion kein Geschäft erwarten.

Diese neue Maßnahme wird dafür sorgen, daß auch künftighin niemand ob seiner sozialen Lage wegen vom Erwerb einer Wohnung ausgeschlossen sein soll. Die Stadt Wien behält sich das Recht vor, für 20 Prozent der geförderten Wohnungen Vorschläge zu erstatten.

Der vorliegende Antrag soll dazu beitragen, das Wohnbaugeschehen in Wien wirksam zu beleben. Die Gemeindeverwaltung wird der Wiener Wohnbautätigkeit auch weiterhin ihr Augenmerk zuwenden. Natürlich sei hier nicht allein die finanzielle Frage ausschlaggebend, sondern auch die Baukapazität und vor allem auch die Frage des Baugrundes. Wien ist sich jedoch stets der Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern bewußt gewesen.

GR. Dr. Tuma (DFP) beantragt einige Textänderungen. So müßte nach Ansicht seiner Fraktion ein Rechtsanspruch aller natürlichen Personen auf Berücksichtigung eines Fondsansuchens bestehen. Natürlich dürften Spekulanten nicht berücksichtigt werden. Dies müßte jedoch nicht so geregelt werden, daß man sagt, es bestehe kein Rechtsanspruch und jede Leistung sei freiwillig. Über die Angemessenheit der Frist bei Mahnungen hätte der Beirat zu beschließen. Geförderte Wohnungen sollen auch nahen Angehörigen überlassen werden können.

Der Vorlage werde seine Fraktion zustimmen.

Wohnbauförderung

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) begrüßte die Vorlage, stellte jedoch fest, daß nach wie vor für größere Familien mit mehr als drei Kindern, die eine Wohnung über 90 Quadratmeter brauchen, gewisse Härten gegeben sind. Der neue Zuschufonds biete allerdings die Chance, daß die Belastung um ein Drittel herabgesetzt werde und die Mittel der Wiener Wohnbauförderung ab 1968 tatsächlich ausgeschöpft werden. Die Priorität sprach Wolfram dem Land Wien allerdings ab: Tirol und Vorarlberg würden schon lange Annuitätenzuschüsse geben.

Der Redner stellte dann die Frage, in welchem konkreten Fall Annuitätenzuschüsse und wann Direktdarlehen gewährt werden.

GR. Kowarsch (ÖVP) nannte die Vorlage eine wesentliche Erleichterung für tausende Bürger zur Erlangung einer Wohnung.

Freilich sei darin "erhebliches Gedankengut der ÖVP" verarbeitet. Die derzeit beim Finanzreferenten in der Höhe von 1,6 Milliarden Schilling brachliegenden Mittel kämen nun endlich dem Wiener Wohnbau zugute. Mit einem Abgang von 31 Prozent beim Neubau von Wohnungen führe Wien derzeit die negative Liste an.

Kowarsch übte dann Kritik an der Verteilung der Bundesmittel, die sich zu Ungunsten des Eigentumswohnungsbaus auswirke. Er kam auch auf eine von Stadtrat Suttner in Auftrag gegebene Umfrage zu sprechen, wonach drei Viertel der Befragten die Stadt Wien als Hausherrn vorziehen würden. Der Redner sprach in diesem Zusammenhang von einer Manipulierung der Fragestellung. Lediglich das Ergebnis, daß die Mehrheit eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung bevorzuge, sei seiner Ansicht nach zutreffend.

Positiv sei, daß der Zuschußfonds allen Genossenschaften gleiche Startbedingungen biete. Kowarsch plädierte schließlich für eine allgemein verständliche Aufklärung der Bevölkerung über die neue Wohnbauaktion. Die Wohnungswerber müßten insbesondere auch darüber aufgeklärt werden, daß der anfangs geringeren Belastung durch eine Reduzierung des Baukostenzuschusses um zwölf Prozent später höhere Belastungen folgen würden.

Einen wichtigen Beschluß im Interesse vieler Wohnungswerber nannte GR. Mayrhofer (SPÖ) die Vorlage und schilderte ausführlich deren Vorzüge. Endlich könne schrittweise der qualitative Notstand auf dem Wohnbausektor - "Sünden früherer Jahrzehnte" - schrittweise behoben werden. Weitere Fortschritte seien die Verbesserung des Wohnungs-Typenschlüssels - nunmehr durchschnittlich 75 Prozent C-Typen - und eine Anhebung der Durchschnittsgröße von 65 auf nämlich 70 Quadratmeter.

GR. Mayrhofer verwies darauf, daß der Bautenminister elf Tage nach der Regierungserklärung durch den Bundeskanzler bereits eine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1960 vorgelegt habe, die die Nachteile dieses Gesetzes beseitigen soll. Dies bedeute ab 1973 eine Verbesserung der gesamtösterreichischen Wohnbauförderung: In vielen Fällen könne durch einen früheren Baubeginn die Wartezeit verkürzt werden und für die Bauwirtschaft ergebe sich überdies ein gleichmäßigerer Ablauf der Auftragslage.

Die heutige Vorlage im Gemeinderat berücksichtigt bereits die Textierung der künftigen Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes. Im übrigen werde damit der Grundsatz der SPÖ realisiert, daß niemand aus finanziellen Gründen von der Erlangung einer familiengerechten Wohnung ausgeschlossen werden könne.

Freilich harre die Frage der Bodenbeschaffung noch der bundesgesetzlichen Regelung.

Im Schlußwort nahm Stadtrat Suttner zunächst zu den DFP-Abänderungsanträgen, deren Ablehnung er empfahl, Stellung. Diese Anträge würden den Bestimmungen der Wohnbauförderung 1968 widersprechen. Mit Entschiedenheit verwahrte sich der Stadtrat gegen die Kritik an der Vergabepolitik: "Sie machen damit den Betrügern und Schwindlern die Mauer!"

Zu GR. Dr. Wolfram (FPÖ): Es bestehe keine Gefahr, daß Mittel verloren gehen, derzeit gebe es bereits für rund 3.800 Millionen eine Zusicherung. Zur Priorität: Die Zuschüsse, die Vorarlberg gebe, liegen weit unter denen von Wien. Die Entscheidung, wann Annuitäten und wann Direkt-Darlehen gegeben würden, treffe die Fondsverwaltung, primär würde jedoch der Kapitalmarkt durch Annuitätenzuschüsse in Anspruch genommen.

Zu den kritischen Bemerkungen von GR. Kowarsch (ÖVP) meinte Suttner, der Redner habe "im Erfinden die Nachfolge des Kollegen Hahn" angetreten. Es sei nicht stichhältig, die Wohnbaupolitik Wiens für die Schwächen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 verantwortlich zu machen. Die verbessernde Novelle sei diese Woche bereits vom Ministerat verabschiedet worden.

Den Vorwurf einer Manipulierung bei der Befragung von Wohnungswerbern wies Suttner mit Entschiedenheit zurück.

Abschließend erklärte der Wohnungsstadtrat, daß Wien mit der heutigen Entscheidung die bundesgesetzliche Regelung vorwegnehme, freilich müsse noch die Frage der Bodenbeschaffung gelöst werden. Wien stelle sich mit der nunmehr verbesserten Wohnbauförderung an die Spitze der österreichischen Bundesländer, ja sogar an die Spitze aller westlichen Großstädte.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Die sieben Abänderungsanträge der DFP fanden nicht die erforderliche Mehrheit.

Sportanlagen-Entgelte

GR. Müller (SPÖ) beantragte anschließend die Neufestsetzung der Entgelte für die Benützung städtischer Sportanlagen. Danach sollen rückwirkend ab 1. Jänner 1971 für Fußball-Einzelspiele 300 und für alle anderen Ballspiele 200 Schilling pro Spiel eingehoben werden. Für die Benützung eines Tennisplatzes sollen pro Stunde 40 Schilling bezahlt werden. Bei einer Vermietung über die ganze Saison soll das Pauschale bei Meisterschaftsspielen samt einem Trainingstermin jährlich 5.000 Schilling und bei allen anderen Ballspielen 1.900 Schilling betragen. Für die Leichtathletik ist das Jahrespauschale mit 900 Schilling festgesetzt. Schließlich soll ein Tennisplatz für die ganze Saison 25.000 Schilling kosten. Die Benützung durch Schulen, Kindergärten und Jugendorganisationen solle kostenlos sein.

GR. Dr. Tuma (DFP) meinte, eine Erhöhung sei deshalb nicht nötig, weil die geringfügige Einnahmensteigerung unerheblich sei und auf keinen Fall die Kostendeckung erreicht werde. Es sei jedoch so, daß Dauermieter die Plätze an kleine Vereine weitervermieten und damit ein Geschäft machten. Er wisse von einem Fall, in dem diese Submiete 28.000 Schilling ausmache. Außerdem verlangte er eine getrennte Abstimmung, da seine Fraktion gegen die Erhöhung der Entgelte, aber nicht gegen die unentgeltliche Überlassung der Sportplätze an Schulen und Kindergärten sei.

Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnete es als undemokratisch, daß beispielsweise Tennisplätze nicht an Einzelpersonen, sondern nur an Vereine abgegeben würden.

Abstimmung: Die Punkte bezüglich Neufestsetzung der Entgelte mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ, die Bestimmung über die unentgeltliche Überlassung an Schulen und Kindergärten einstimmig angenommen.

Städtebauliche Studien

Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) stellte als Berichterstatter den Antrag, die Architekten Wolfgang und Traude Windbrechtinger und Viktor Hufnagl mit der Ausarbeitung einer städtebaulichen Studie für das Gebiet des Donaukanals zu beauftragen. Kosten: 1,9 Millionen Schilling. Der Stadtrat begründete die Auftragserteilung dieser Studie mit der Wichtigkeit dieser Tallandschaft inmitten der City. Entlang des Donaukanals werden in der nächsten Zeit umfangreiche Verkehrsbauten errichtet, außerdem wandern immer mehr City-Funktionen vom 1. Bezirk in den 2. Bezirk ab und heben dadurch auch die Bedeutung der Gegend entlang des Donaukanals.

Dr. Tuma (DPS) gab zu verstehen, daß er sich nur deswegen zu Wort gemeldet habe, um einem äußerst positiven Beispiel für vorbildliche Planung zur nötigen Resonanz zu verhelfen. Gerade die Vielfältigkeit der planerischen Aufgaben in diesem Gebiet beweiße die Notwendigkeit einer zusätzlichen Studie für diese Landschaft.

Stadtrat Ing. Hofmann dankte in seinem Schlußwort dem Redner für sein Bemühen, dieses Thema in das Licht der Aufmerksamkeit zu rücken. Er sei sich dessen bewußt, daß Stadterneuerung viel schwieriger als Stadterweiterung sei. Ing. Hofmann richtete den Appell an die Parteien, nicht wegen kleinlicher parteitaktischer Vorteile das Problem der Stadterneuerung unnötig schwierig zu machen. Gerade in letzter Zeit sei die Bevölkerung der Wohnhäuser an der Weißgerberlande verunsichert worden. Er könne die Versicherung abgeben, daß in den nächsten Jahrzehnten jedes Haus stehen bleibe. Erst wenn neben den drei geplanten Fahrspuren für die Donaukanal-Begleitstraße zwei weitere Fahrspuren (Stadt-Autobahn) dazukommen, müßten Wohnhäuser geopfert werden. Die Stadtplanung habe im Hinblick auf eine mögliche Stadt-Autobahn darauf Bedacht nehmen müssen, das bedeute jedoch nicht, daß die Leute, die in dieser Gegend wohnen, bereits jetzt um ihre Wohnhäuser Angst haben müssen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag des Stadtrates hatte ebenfalls die Vergabe einer Studie an dieselben Architekten zum Inhalt. Das Gebiet südlich "Am Schöpfwerk" soll neu bearbeitet werden. Die Gründe für die Vergabe dieser Studie: Eine genaue Überprüfung der Aufbauachsen Meidling-Siebenhirten habe zahlreiche Anregungen und Änderungsvorschläge durch private Architekten und den Fachbeirat für Architektur gebracht. Den Wünschen der Gutachter soll dadurch Rechnung getragen werden.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) deponierte zu Beginn seines Debattenbeitrages die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Antrag. Zwei Probleme sollten aber doch ins Licht gerückt werden, meinte der Gemeinderat. Erstens: noch vor einem Jahr wurde das Projekt "Am Schöpfwerk" in der Öffentlichkeit so vorgestellt, als stünde es knapp vor der Realisierung. Nun werde eine Studie zur Neubearbeitung beschlossen: Da könne doch der Planungsvorgang nicht ganz stimmen.

Zweitens: Bis vor kurzem sei von der Stadtplanung der Stadterweiterung der Vorzug gegeben worden. Umfangreiche Erweiterung setze eine Explosion der Bevölkerung voraus, Dies sei jedoch in Wien nicht der Fall. In den letzten zehn Jahren habe die Bevölkerung Wiens um 1,5 Prozent abgenommen. Stadterweiterung trotz Bevölkerungsabnahme bedeute eine ernste Gefahr für das urbane Leben. Nicht nur das Projekt "Am Schöpfwerk", sondern die gesamte Entwicklungsachse Meidling-Siebenhirten sei problematisch geworden. Er hoffe, daß bei der Neubearbeitung auch die Auswirkungen dieses Projektes auf die Urbanität überprüft würden. Der Erneuerung müsse in den nächsten Jahren auf jeden Fall der Vorrang gegeben werden.

In seinem Schlußwort stimmte Ing. Hofmann der Priorität der Stadterneuerung für die nächsten Jahre zu. Die Schwergewichtsverlagerung müsse unbedingt erfolgen. Wunschziel wäre es, daß die Hälfte aller neuen Wohnbauten in Stadterneuerungsgebieten errichtet wird. Dazu sei aber auf jeden Fall - wie immer es aussehen wird - ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz notwendig. Zum Vorwurf, daß der Planungsvorgang nicht in Ordnung gewesen sein könne, meinte der Stadtrat, daß die Planung die Verpflichtung habe, flexibel und bis zur letzten Sekunde neuer Überlegungen gegenüber aufgeschlossen zu sein. Man werde aber auch in Zukunft die Stadterweiterung nicht ganz aufgeben können, in manchen Gebieten werden auch in den nächsten Jahren Verdichtungen richtig und notwendig sein. Immerhin müsse man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Bevölkerungsentwicklung Wiens sich durch eine Liberalisierung in den Oststaaten ändere.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Regionale Verkehrsplanung

GR. Czettel (SPÖ) brachte den Antrag ein, den Hamburger Verkehrswissenschaftler Dr. Ing. Fritz Pampel mit einem wissenschaftlichen Gutachten zur Schaffung eines Verkehrsverbundes in der Region Wien zu beauftragen.

GR. Edlinger (SPÖ) verwies auf die große Bedeutung eines solchen Verkehrsverbundes für die Ostregion Österreichs. Die Zahl der Einpendler nach Wien stieg seit 1955 von 51.400 auf 110.000, gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Auspendler von 12.900 auf 23.000. So positiv diese Entwicklung für Wien ist, so groß sind die damit entstandenen Verkehrsprobleme. Um diese zu bewältigen, müssen die öffentlichen Verkehrsmittel größere Attraktivität erhalten. Die U-Bahn wird ein sehr wichtiger Schritt dazu sein, aber man darf nicht an den Grenzen Wiens anhalten, man muß die enge Verflechtung mit dem Umland berücksichtigen. Nur ein sorgsam geplantes Miteinander aller Verkehrssysteme kann die Lösung bringen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Restaurant im Großmarkt

GR. Michalica (SPÖ) berichtete über die Verpachtung eines Kaffeerestaurants im Verwaltungsgebäude des Großmarktes Inzersdorf.

GR. Müller (DFP) kritisierte die Verpachtung derartiger Betriebe. Wenn die Stadt Wien alle solche Betriebe selbst betreiben und die Gewinne der Stadtkasse zuführen würde, dann müßte man jetzt nicht über die Notwendigkeit von Tarifierhöhungen reden. Außerdem würden die Verpachtungen im Parteiproporz durchgeführt und die Parteien bekämen die Gewinne.

GR. Michalica wies diese Behauptung, für die es nicht den Schatten eines Beweises gebe, energisch zurück. Der Pächter des Kaffeerestaurants in Inzersdorf erhielt diese Pacht als Ersatz für sein Lokal in der Großmarkthalle, das er räumen muß.

Abstimmung: Von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Atelier

Über die Errichtung eines Bildhauer-Ateliers (Kosten: 4,2 Millionen Schilling) referierte GR. Ascherl (SPÖ). Das Atelier soll in der Rustenschacher Allee errichtet und Prof. Fritz Wotruba für die Dauer seines Schaffens zur Verfügung gestellt werden. Zu dem Projekt gehört auch eine 100-Quadratmeter-Halle, in der Werke Wotrubas aufgestellt werden sollen.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) erklärte in der Debatte, Wotruba habe in reichem Maße die Früchte seiner Arbeit geerntet und befinde sich in ausgezeichneten finanziellen Verhältnissen. Im übrigen müsse man zur Kenntnis nehmen, daß fast immer der Meister von seinen Schülern irgendwann eingeholt oder gar überholt werde. Bedeutend bedürftiger als Wotruba, dessen Werke auf dem internationalen Kunstmarkt eindrucksvolle Preise erzielten, seien die jungen Künstler Wiens, was die FPÖ zu einem Abänderungsantrag veranlasse: Widmung des neuen Bauwerkes als Akademie-Atelier für die Studenten der Akademie der bildenden Künste.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) verwies darauf, daß Wotruba die Absicht habe, der Stadt Wien nicht nur zwölf große Bronze-Plastiken, sondern auch seine sämtlichen Gipsmodelle zu übereignen. Im übrigen sei ein weiträumiges - und daher baulich kostspieliges - Atelier eine Lebensfrage für einen Bildhauer.

Die FPÖ-Vorstellungen von der Förderung junger Künstler seien aber ebenfalls richtig.

Daher habe die Volkspartei schon zu Beginn der Sitzung einen Antrag gestellt, dessen Inhalt es sei, das Seerestaurant im Donaupark zu einem Atelier für junge Künstler umzubauen.

Im Schlußwort erklärte GR. Ascherl, bei dem Atelier handle es sich keineswegs um "eine Art Geschenk" an Professor Wotruba, vielmehr folge die Stadtverwaltung hier den Intentionen ihres Kulturprogramms, alles zu tun, um Kunst und Wissenschaft zu fördern. Die jungen Künstler würden mit Aufträgen bedacht, es gebe Ankäufe, Preise und Ausstellungen wie etwa die Grüne Galerie. Ascherl nannte in diesem Zusammenhang die eindrucksvolle Zahl von 2.400 Aufträgen, die die Stadtverwaltung von 1949 bis 1967 an bildende Künstler vergeben habe.

Abstimmung: Antrag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.
(FPÖ-Abänderungsantrag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.)

Betriebsbaugebiet

GR. Paulas (SPÖ) beantragt, für die Aufschließung des Gebietes Simmeringer Haide I 55,9 Millionen Schilling zu genehmigen; hiervon sollen 900.000 Schilling bereits für 1971 zur Verfügung stehen. Der bedeutende Strukturwandel der Wiener Wirtschaft macht die Betriebsansiedlungen und -verlegungen notwendig und es müssen geeignete Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Bereits 1968 hat die Gemeinde Wien eine Million Quadratmeter für diesen Zweck gekauft, 1970 weitere 775.000 Quadratmeter. Das Gebiet der Simmeringer Haide bietet sich auf Grund seiner Lage für eine intensive betriebliche Nutzung an und soll daher entsprechend erschlossen werden.

GR. Joachim Müller (DFP) tritt für eine Trennung von Industriegebieten und Gartenbaugebieten ein. Die Fragen des Umweltschutzes werden immer dringender und es sei daher abzulehnen, in der Nachbarschaft von Gartenbaubetrieben Industrieansiedlungen zu schaffen. Auch die Aufschließungskosten sollten zu denken geben. Man könnte mit diesen Beträgen eine große Zahl von Wohnungen errichten. Die Neuansiedlung von Betrieben verursache durch die neugeschaffenen Arbeitsplätze außerdem den Zuzug von Fremdarbeitern und trage dadurch zur Vergrößerung

der Wohnungsnot bei. Einer derartigen Politik stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Paulas stellt fest, daß das umstrittene Gebiet zum Teil bereits seit Jahrzehnten Industriegebiet ist und eine Trennung zwischen diesem und gärtnerisch genutzten Flächen immer vorhanden war und sein wird. Man müßte jedoch auch berücksichtigen, daß die Stadt Wien durch Betriebsansiedlungen ihre Steuermöglichkeiten erweitern kann und außerdem neue Arbeitsplätze schafft. Zur Frage der Gastarbeiter: Es wäre um unser Land schlecht bestellt, hätten wir sie nicht.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Betreuung von Zuwanderern

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) legte den Antrag vor, einen Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien zu gründen. Für die Tätigkeit im laufenden Jahr wird die Stadt Wien eine Subvention von 300.000 Schilling gewähren und die Kosten der Geschäftsstelle in der Höhe von 34.000 Schilling übernehmen. Der Fonds wird in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Industriellenvereinigung geschaffen.

GR. Dr. Tuma (DFP) sprach sich dagegen aus, Arbeitskräfte nach Wien zu holen. Es sei falsch, zuerst Arbeitsplätze zu schaffen, für die man dann mühsam Arbeitskräfte suchen müsse. Persönlich habe er nichts dagegen, weil das eine Belebung für die Geschäftstätigkeit seiner Anwaltskanzlei bedeute.

GR. Krenn (FPÖ) sprach sich für die Betreuung von Gastarbeitern und von Zuwanderern aus anderen österreichischen Bundesländern, aber gegen eine Betreuung ausländischer Zuwanderer aus.

GR. Dinhof (SPÖ) warfen beiden Vorrednern vor, von wirtschaftlichen Fragen nichts zu verstehen. Für eine hohe wirtschaftliche Wertschöpfung sind hochwertige Arbeitsplätze notwendig, die durch die Industrieansiedlungen geschaffen werden. Manche andere Wirtschaftszweige, vor allem im Dienstleistungssektor - als einziges Beispiel seien die Spitalsküchen genannt - wären jedoch ohne Gastarbeiter schon zum Stillstand gekommen. Für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind also beide Faktoren notwendig, die

Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung der Zuwanderung. Allerdings hat man den Eindruck, daß die falschen wirtschaftlichen Argumente gegen die Förderung der Zuwanderung nur gebraucht werden, weil man nicht Begriffe aus einer dunklen Vergangenheit als Argument verwenden will. Es wäre sehr gefährlich, die Zuwanderer in verschiedene Gruppen einzuteilen. Sie müssen alle für uns Menschen sein, die wir brauchen, um das weitere Wirtschaftswachstum zu sichern.

Stadtrat Jacobi verwies im Schlußwort auf die in dieser Woche abgehaltene Tagung über das Zuwandererproblem, an der auch die Vertreter der Wirtschaft teilnahmen. Es bestand völlige Übereinstimmung darüber, daß wir die Zuwanderer dringend brauchen. Das bedeutet aber auch die Verpflichtung, menschenwürdige Bedingungen für sie zu schaffen.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

Dringliche Anfrage

GR. Dr. Wöber (ÖVP) begründete den Antrag auf Besprechung einer Anfrage seiner Partei, die an den Finanzstadtrat gerichtet war, und sich auf die Antwort einer früheren Anfrage bezog. Inhalt: Einlagen der Stadt Wien bei Geldinstituten im Jahre 1970. Dr. Wöber fand die damalige Antwort unzureichend und unbefriedigend. Die Interessen der Geldinstitute dürften nicht höher gestellt werden als das berechtigte Interesse von Vertretern des Wiener Gemeinderates.

GR. Hofstätter (SPÖ) replizierte, der Zinsenertrag und die Höhe der Einlagen sei aus der früheren Antwort des Finanzstadtrates ersichtlich gewesen. Eine öffentliche Bekanntgabe von Einzelheiten sei aber nicht richtig, schade der Stadt Wien und den Geldinstituten.

Der Antrag auf Besprechung wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Eine zweite dringliche Anfrage bezog sich auf Pressemeldungen über eine Tarifierhöhung bei der Straßenbahn. Nach Verlesung begründete GR. Professor Zörner (ÖVP) die Anfrage: Die Pressemeldungen hätten in der Bevölkerung Unruhe ausgelöst.

./.

Diese Unruhe sei um so größer, als Stadtrat Nekula bisher zu diesen Gerüchten geschwiegen habe. Professor Zörner zitierte Bürgermeister Slavik und SPÖ-GR-Schreiner: Sie hätten 1970 gesagt, daß mit der Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung die Tarife längere Zeit nicht erhöht werden müßten.

GR. Schreiner (SPÖ) meinte, die Wichtigkeit dieses Problems sei unbestritten. Wie sich jeder Gemeinderat überzeugen könne, seien die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verkehrsbetriebe nach wie vor nicht sehr gut. Preissteigerungen und Lohnerhöhungen konnten durch Rationalisierung nur teilweise aufgefangen werden. Schreiner zitierte die Stadtverfassung: Unternehmen sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Im Augenblick seien Untersuchungen im Gange und werden Vorschläge vorbereitet, um die wirtschaftliche Lage der Verkehrsbetriebe zu verbessern. Man solle doch auf die sachlichen Unterlagen warten, die dem Ausschuß und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Nur dann sei eine sachliche Lösung des Problems möglich. Man könne dieses Problem doch nicht diskutieren, bevor man das Ergebnis der Untersuchungen kenne. Mit dem Appell, wirtschaftliche Überlegungen nicht zum Politikum hochzuspielen, und der Empfehlung, der Anfrage die Dringlichkeit nicht zu zuerkennen, schloß der Redner.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Gemeinderat (Nachlese)
=====

20 Wien, 19.11. (RK) Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten der Freitag-Sitzung des Gemeinderates, die ohne Debatte angenommen wurden, gehörte ein städtisches Wohnbauprojekt mit 975 Wohnungen in der Ziegelhofstraße im 22. Bezirk. Die Kosten werden sich auf fast 300 Millionen Schilling belaufen. Wesentlich war auch die Genehmigung zum Bau des linken Hauptsammelkanals (140 Millionen), schließlich die Errichtung einer 16klassigen Schule in der Großfeldsiedlung (28,5 Millionen). Im übrigen befand sich unter den ohne Debatte angenommenen Geschäftsstücken (86 von insgesamt 98) eine Reihe von Grundtransaktionen, Vergebungen wissenschaftlicher Aufträge und Kanalbauten.

- - -

Diplomfeier im Krankenhaus Lainz
=====

17 Wien, 19.11. (RK) Vor einem Jahr wurde am Krankenhaus Lainz eine besondere Schule eingerichtet: Sie dient zur Ausbildung röntgenologisch-radiologisch-technischer Assistenten. Die Ausbildung dauert ein Jahr und ist für diplomiertes Krankenpflegepersonal bestimmt.

Sechzehn Mädchen und zwei Burschen stellten den ersten Jahrgang, der Freitag diplomiert wurde. Fünf der 18 Absolventen bestanden alle Prüfungen mit Auszeichnung. Obersenatsrat Dr. Franz Widmayer überreichte ihnen mit herzlichen Worten die Diplome.

- - -

Hausmusik beim Bürgermeister:Erstmals Jazz-Rhythmen
=====

21 Wien, 19. 11. (RK) Freitag lud Bürgermeister Felix Slavik rund 120 leitende Beamte und Personalvertreter der Bundespolizeidirektion Wien - an der Spitze Polizeipräsident Holaubek und Generalinspektor Dr. Lipovitz - ins Wiener Rathaus zum traditionellen Hausmusik-Nachmittag. Es musizierten Studenten des Konservatoriums der Stadt Wien.

Neben klassischer Musik - Lieder von Schubert, Haydn und Saint-Saens - erklangen erstmals bei einem Hausmusik-Nachmittag des Bürgermeisters Jazz-Rhythmen, dargeboten vom Joe Tauscher Quartett, das sich aus Studenten des Konservatoriums zusammensetzt. Das Jazz-Programm umfaßte unter anderem Werke von Charles Lloyd, Josef Tauscher und Miles Davies.

In der Begrüßungsansprache würdigte Bürgermeister Slavik die Leistungen des Konservatoriums und dankte den Professoren für ihre erfolgreiche Lehrtätigkeit. Durch den großzügigen Umbau des Hauses in der Johannesgasse würden nun die Arbeits- und Lernbedingungen wesentlich verbessert werden.

Den Hausmusik-Nachmittag besuchten auch mehrere Stadt-
senatsmitglieder und der österreichische Botschafter in Paris,
Dr. Lemberger.

- - -